

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 14. Juni 1923.

Nr. 136.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . KČ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kapitelung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Sakentkruz und Verbrechen.

Der Münchener Hochverratsprozess, dem neben anderen Verbrechen die Anklage wegen Versuches der gewaltsamen Losreißung Bayerns vom Deutschen Reiche zugrundeliegt, bereitet den Sakentkruzern im Reiche und bei uns arge Beklemmungen. Sie suchen daher diese Verbrechen, die doppelt schandwürdig sind, da sie in der Zeit der ärgsten Bedrängnis und Not Deutschlands in französischem Auftrag und mit französischem Gelde dotiert zur Ausführung gelangen sollten, als die Taten einzelner hinzustellen, mit denen die sakentkruzlerische Bewegung nichts zu tun habe, und sie bemühen sich, von den Angeklagten abzurücken. Wenn irgendwo in dem weltentlegtesten Orte ein sozialdemokratischer Vertrauensmann sich unverkennlich erweist, so verfehlt die deutsch-nationale Presse niemals, dafür die ganze sozialdemokratische Partei verantwortlich zu machen. Jetzt dagegen, da eine Reihe ihrer Anhänger der denkbar schändlichsten Verbrechen angeklagt ist, überläßt sie von Objektivität, will von einem Zusammenhang dieser Taten mit dem Sakentkruzertum nichts wissen und wünscht sie nur als individuelle Taten gewertet zu sehen. „Dunkle Gestalten auf dunklen Wegen“, nennt die bayrische Hitlerpresse die Fuchs, Nachhaus und Konforten, macht Andeutungen, als wenn es sich hier nur um Lockspitzel handeln würde, und die Hitlerpresse bei uns drückt diese Reinwaschungsversuche getreulich nach. Vergebliches Bemühen! Zu eng sind die Maschen gezogen, zu deutlich entfällt der Prozess die Zusammenhänge der geplanten Verbrechen nicht nur mit einzelnen Sakentkruzern, sondern mit ihren Organisationen und Verbänden, als daß mit noch so großem Eifer unternommene Abdrückungsversuche den gehäuften Schmutz und die beispiellose Schmach vom Schilde des Sakentkruzertums abzuwaschen vermöchten.

Schon was bisher durch das Beweisverfahren erhärtet wurde, reicht hin, die Schuld nicht nur der Angeklagten, sondern auch der hinter ihnen stehenden „vaterländischen“ Verbände stich- und bombenfest zu beweisen. Die Verhandlungen des Prozesses enthüllen einen Abgrund der Verworfenheit. Die Pariser Imperialisten hatten den französischen Oberst Richert beauftragt, in Bayern eine Verschwörung gegen den Bestand des Deutschen Reiches anzuzetteln, zu welchem Zwecke er sich mit den Kreisen der bayrischen Partikularisten und Separatisten in Verbindung setzen sollte. Als Lockmittel sollte er nebst Geld diesen Kreisen die Auffassung übermitteln, es sei für Bayern besser, den dem Abgrund zuseuernden Reichswagen zu verlassen und sich an eine wirtschaftskräftevolle Großmacht anzuschließen, die nur Frankreich sein könne. Oberst Richert tat, wie ihm geheßen, hatte wirklich Glück in den Kreisen gewisser vaterländischer Sakentkruzler, und besonders nach der Ruhrbesetzung steigerte sich deren Tätigkeit, da Richert auf eine Aktion in München zur Unterstützung der Ruhraktion drängte, wodurch Bayern sich den Dank Frankreichs erwerben würde. Schon die Tatsache, daß die Führer der Sakentkruzler mit dem französischen Abgesandten überhaupt verhandelten, anstatt ihn mit Schimpf und Schande davonzuweisen oder einsperren zu lassen, zeigt die patriotischen Qualitäten dieser Gesellschaft. Aber nicht genug daran! Sie, welche auf seine Pläne eingingen und von ihm ungeheure Summen annahmen, wie auch jene, welche später diese Verschwörung der Polizei verrieten, nachdem sie monatelang um sie gewußt hatten, halfen dabei, die Gefahr der Losreißung Bayerns zu steigern. Den Fuchs und Nachhaus gelang es, zur „Erhöhung der Kampfkraft“ der sakentkruzlerischen Verbände deren Verschmelzung herbeizuführen, ein Beweis, daß sie in der Sakentkruzlerbewegung Personen von Einfluß und Stellung und keineswegs bloße Mittläufer waren. Auch hohe bayrische Generale wußten um die Verschwörung und die Rüstungen schritten so vorwärts, daß es Ende Februar zum Losschlagen kommen sollte.

Kriegsheke in Belgrad.

Belgrad, 13. Juni. (Ts. B. B.) Durch die Mobilisierung entlassener Offiziere hat sich das neue Regime in offenen Gegensatz zu den strikten Bestimmungen des Friedensvertrages von Neuilly gestellt und diese Verletzung allein bietet schon eine Handhabe für diplomatische Intervention. Außerdem werden die Zusicherungen der Friedfertigkeit seitens der neuen bulgarischen Regierung durch das Ergebnis der Revolution selbst entwertet, denn durch den Sturz Stamboljiski werde die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit dem Königreiche SHS vereitelt. Deshalb wird in Belgrader politischen Kreisen der Standpunkt vertreten, daß es im Interesse der Erhaltung des Friedens auf dem Balkan und in Europa ratsam sei, rechtzeitig Präventivmaßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung katastrophaler Ereignisse, wie der vom Jahre 1915, unmöglich zu machen. In hiesigen oppositionellen Kreisen wird erklärt, daß das Kabinett Pasic auf die volle Einmütigkeit des Parlaments ohne Rücksicht auf die Parteigegensätze rechnen könne und daß alle auf die Erhaltung des Friedens auf dem Balkan hinielenden Maßnahmen der Regierung die vollste Billigung des ganzen Volkes finden werden.

Das Handelsorgan „Trogovinski Glasnik“ vertritt die Ansicht, daß der Frieden auf dem Balkan erst dann vollkommen gesichert sein werde, bis Bulgarien von germanischen Einflüssen befreit, mit dem Königreiche SHS in staatsrechtliche Gemeinschaft tritt.

Die Gismischer, die diese Nachrichten inspirieren und verbreiten, haben von den Methoden des Grafen Berchtold sehr viel gelernt. Die „diplomatische Aktion“, mit welcher die südslawischen Militaristen spielen, droht zu einem Ultimatum nach Art des Juli 1914 auszuarten und die „rechtzeitigen Präventivmaßnahmen“, die „Einmütigkeit des Parlaments“ und wie schon die altgewohnten Worte lauten mögen, lassen eine Mobilisierung dringend be-

Es sind wirklich recht „dunkle Gestalten“, die der Prozess auf „dunklen Wegen“ wandeln zeigt. Aber es sind nicht die paar Leute allein, die jetzt vor den Schranken des Gerichtes stehen, die als Schuldige an dem schändlichen und schmutzigen Verschwörerplan angesehen werden müssen, dessen Fäden tiefen viel mehr bis zu den hohen und höchsten Stellen und Personen im Lande und reichen bis in die bayrischen Regierungskreise hinein, worauf schon der Eifer hinweist, mit dem die Regierung durch Unterdrückung der nichtsakentkruzlerischen Presse das Bekanntwerden der Deffentlichkeit mit den Vorgängen des Prozesses und mit seinen Zusammenhängen zu verhindern bestrebt ist. Aber wenn auch nur die Angeklagten in Betracht kämen, was ausgeschlossen ist, so bedeutete dies für die Sakentkruzlerbewegung keine moralische Entlastung und es könnte auch dann deren Führern nicht gelingen, sie einfach als „dunkle Gestalten“ von den Hochschöhen abzuschütteln. Es ist kein Zufall, daß dieser Bewegung solche kaum mehr zweifelhafte Subjekte zustromen, und längst hat es sich gezeigt, daß das hitlerische Sakentkruzertum, aus allen möglichen anrüchigen trüben Geldquellen gespeist, das Sammelbecken für solche Elemente bildet. Neben politischen Romantikern und verstiegenen Idealisten, deren einziger geistiger Gewinn aus den Lehren des Arieges die blinde Anbetung der Gewalt bildet, findet sich da allerlei entwertete, aus dem Geleise geworfene Existenz-

fürchten. Die Personen wechseln, aber das Spiel bleibt dasselbe, um einen „unruhigen Nachbar“ zum Schweigen zu bringen, wird die Gefahr eines Präventivkrieges nahegerückt. Genau so motivierten ja auch Stürch und Berchtold die Notwendigkeit eines serbischen Krieges mit Oesterreichs Sicherheits- und Ruhebedürfnis, und die deutschen Staatsmänner waren verblendet genug, das verbrecherische Unterfangen nicht zu verhindern. Unser Pressbüro darf nicht Alarmnachrichten wie die obenstehende, um auch hier für niederträchtige Pläne Stimmung zu machen, verbreiten, sondern Dr. Beneš hat die Pflicht, in Belgrad von dem verruchten Spiel mit dem Feuer zu warnen und zu erklären, daß die Tschechoslowakei da nie und nimmer mitzutun bereit sei. Wir erwarten, daß unser Außenminister so bald als möglich eine Erklärung abgibt, die das völlige Desinteressieren der Tschechoslowakei am Umsturz in Bulgarien ausdrückt. Dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist er diese bindende Zusage zweifellos schuldig.

Loyalitätsstundgebung des bulgarischen Außenministers.

Sofia, 13. Juni. (B. A.) Der neue Minister des Äußeren, Ralkoff hat gegenüber den Vertretern der Presse folgende Erklärungen abgegeben: Ich hege die aufrichtige Überzeugung, daß wir fest und unbeugsam dem progressiven Weg der wirtschaftlichen Restauration im Frieden und in der loyalen Zusammenarbeit mit den Großmächten und unseren Nachbarn gehen müssen. Das Wohl der Balkanvölker muß hergestellt werden. Bulgarien ist bereit, an der Durchführung dieses Werkes aufrichtig mitzuwirken. In fester Verteidigung der Interessen unseres Landes sind wir entschlossen, sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik den wahren Frieden auf Grund des gegenseitigen Vertrauens zu den Völkern und der Achtung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu bewahren.

ein, Menschen, die mit der Politik nur dunkle Vorstellungen und ein durch Unreife und Unerfahrenheit gewedter Haß gegen die sozialistische Arbeiterschaft verbinden. Katilinarier, die schmutzige Absichten verfolgen, die im Trüben fischen möchten und die von der Durchführung der sakentkruzlerischen Ideale die Erreichung ihrer persönlichen, selbstsüchtigen, materiellen Vorteile erhoffen. Ehemalige Offiziere, die zur Ergreifung eines zivilen Berufes unfähig oder nicht willens sind, von antimilitarischen sakentkruzlerischen Phrasen berauschte Studenten, die in der Republik eine Bedrohung ihrer erhofften Karriere erblicken. Abenteuerer und Wirrköpfe, das ist die bunte gemischte Gesellschaft, aus der sich die Hitlergarde und die anderen vaterländischen, monarchistischen Verbände zusammensetzen und für welche unsere Deutschgelben eine so große Begeisterung zeigen, daß die Herren Knirsch und Jung jüngst nach München pilgerten, um dort mit Hitler in einer Versammlung zu sprechen und ihm ihre Ergebenheit und Bewunderung zu Füßen zu legen. Auch sonst zeigen sich unsere heimischen Sakentkruzler, wie die Lobreden ihrer Redner und Blätter für die bayrischen Sturmverbände und die Sammlung eines „Sakentkruz-Kampfbundes“ beweisen, als gelehrige Schüler und Verehrer der Hitler und Genossen, sie sind Fleisch von ihrem Fleische, wie die Fuchs, Nachhaus und Konforten echte Zweige und Triebe am Stamme des Sakentkruzertums sind.

Der Zusammenhang zwischen Sakentkruz und Verbrechen, er wurde in den Gismord-, Torischläger- und Revolveranschlägen, mit denen die Ritter vom Sakentkruz seit Jahren gegen linksstehende Politiker wüthen, längst erbracht. Der Münchener Hochverratsprozess deckt ein neues Glied in der Kette der Taten dieses politischen Verbrechertums auf. Man weiß nun, welcher Art die Bewegung ist, die unseren Deutschgelben zu Ausbrüchen ihrer Bewunderung Veranlassung gibt.

Tschechoslowakische „Sozialpolitik“.

Die Streichungen im Budget des Landes Böhmen.

Wie bereits berichtet wurde, hat die Regierung durch Streichungen im Landesvoranschlag für Böhmen eine Herabsetzung der Landeszuschläge zur Grundsteuer um 15 Prozent und zu den übrigen unlagepflichtigen direkten Steuern um zehn Prozent erwirkt. Die Streichungen beziehen sich auf sämtliche Kapitel des Voranschlages mit Ausnahme der Kapitel VIII (Unterstützungen zu verschiedenen Zwecken), Kapitel IX (allgemeiner Pensionsetat) und Kapitel X (Landessteuern). Die Kürzung des Kapitels I (Zentralverwaltung) beträgt insgesamt 216.000 Kronen, des Kapitels II (Landwirtschaft) 1.396.000 Kronen, des Kapitels III (Gewerbe, Handel und Industrie) 1.121.000 Kronen, des Kapitels IV (Humanitäts- und Gesundheitswesen) 83.000 Kronen, des Kapitels V (allgemeine Sicherheit) 18.000 Kronen, des Kapitels VI (Kultur) 6000 Kronen, des Kapitels VII (öffentliche Bauten) 3.750.000 Kronen, des Kapitels XI (Landesschuld) 1.200.000 Kronen, sodas sich eine Gesamtkürzung der Budgetausgaben (ohne Investitionen) um 6.692.000 Kronen ergibt, der infolge Herabsetzung der Umlagenbeiträge eine geringere Einnahme von 10.805.000 Kronen gegenübersteht. Siedurch wird der schon vom Lande unbedeckte gefasene Abgang von 25.000.000 Kronen auf 29.000.000 Kronen erhöht, für dessen Bedeckung nur vage Eventualvorschlüge gemacht werden. Die stärkste Kürzung erfährt aber der außerordentliche Haushalt des Landes, dessen Investitionsprogramm von 58.836.800 Kronen auf 31.071.300 Kronen, also um 27.765.500 Kronen, und dessen Elektrifizierungsprogramm von 107.671.081 Kronen auf 83.958.500 Kronen, also um 23.712.500 Kronen, herabgesetzt wurde. Schon aus dieser allgemeinen Zusammenstellung ist zu ersehen, daß die Korrektur des Landesvoranschlages durch die Regierung sowohl technisch für den Landeshaushalt als auch allgemein wirtschaftlich eine Verschlechterung bedeutet, da sie den unbedeckt gebliebenen Fehlbetrag willkürlich vergrößert, ohne die Mittel zur Erreichung des Gleichgewichtes im Landeshaushalt an die Hand zu geben, andererseits durch Verhinderung eines großen Teiles der beabsichtigten Investitionsbauten, für welche das Geld nicht durch Steuern, also durch eine neue Belastung der Wirtschaft, sondern im Kreditwege aufzubringen gewesen wäre, eine Vindierung der wirtschaftlichen Krise, wozu die umfangreichen Bauten zweifellos beigetragen hätten, erschwert.

Eine Betrachtung der einzelnen von der Regierung gestrichenen Budgetposten (namentlich im Investitionsbudget) zeigt weiter, daß die maßgebenden Faktoren bei Beurteilung des Landesbudgets sich keinesfalls von kulturellen oder sozialen Gesichtspunkten leiten lassen.

Das Investitionsbudget weist folgende Streichungen auf. Ausgeschlossen wurde der Kredit für den Bau zweier Wohnhäuser für die Landesangestellten der Zentralverwaltung in Prag. Angesichts der Wohnungsverhältnisse in Prag und da die Landesangestellten bei Verstärkungen nicht die Vorteile der Staatsbeamten genießen, denen die Wohnung ihres Vorgängers im Amte von Gesebeswegen vorbehalten ist, wäre die Errichtung solcher Häuser gewiß eine begründete Sache. Es entfiel weiter der Kredit von 1.200.000 Kronen für den Bau eines Wirtschaftshofes bei der höheren landwirtschaftlichen Schule in Böhm.-Leipa und von 60.000 Kronen zum Ankauf von Grundstücken hiezu. Schon seit zehn Jahren wird um die endliche Errichtung der Wirtschaftsgebäude bei dieser Schule gekämpft. Die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen, welche den sonst vorzüglichen Ruf der Leipaer Schule schwer schädigt, ist durch den Inspektor der höheren landwirtschaftlichen Schulen, Herrn Prof. Dr. Thoma, nachgewiesen worden. Hier ist Sparanfekt sicher am unrechten Platz. Vollständig gestrichen wurde der Kredit für den Ausbau der Freianstalt in Deutsch-Brod in der Höhe von 10.300.000 Kronen. Alle Gemeinden wissen, wie schwer es ist, einen Geisteskranken unterzubringen und wie notwendig der Ausbau der Fürsorge in dieser Richtung ist. Wird es aber nicht auffallen, wenn in der Republik ein paar Narren mehr frei herumlaufen? Gestrichen wurden ferner den Freianstalten in Dobran, Ober-Berkovic, Rosmanos, Dpofan die Kredite zur Errichtung von Angestellten-Wohnhäusern beziehungsweise Wirtschaftsgebäuden, die mit Rücksicht auf die steigende Frequenz der Anstalten, die allen Raum der bestehenden Gebäude in Anspruch nimmt, eine Notwendigkeit sind. Die Freianstalt für stro-

phulöse Kinder in Enze wird durch den Ausfall des Kredites zur Erweiterung der Pumpenanlagen geradezu in eine gefährliche Lage gebracht, da die bisherigen Anlagen kaum die Hälfte des benötigten Wassers liefern.

Nun kommt aber ein besonderes trauriges Kapitel, das ist die Behandlung aller zur Bekämpfung der Tuberkulose getroffenen Vorkehrungen. Hier ist es notwendig, einiges Material anzuführen, das dem Berichte des Landesauschusses an die Regierung entnommen ist und das die furchtbaren Verheerungen dieser Volkskrankheit namentlich unter der Jugend und gleichzeitig den fast vollständigen Mangel geeigneter öffentlicher Fürsorgeeinrichtungen zu ihrer Bekämpfung aufzeigt. Der Heilung der tuberkulösen Kinder ist außer privaten Anstalten nur die Kindertuberkuloseheilstätte in Klattau gewidmet, welche bloß 40 Betten zur Verfügung hat. Daß diese Zahl der Betten dem Bedarfe ganz und gar nicht genügt, ist nicht notwendig nachzuweisen. Im ersten Viertel des Jahres 1923 erkrankten 159 Kinder um Aufnahme in Klattau, von diesen waren bis heute noch 92 auf ihre Einberufung in die Anstalt. Bei diesem Andrang können die Kinder höchstens sechs bis zehn Wochen in der Heilanstalt belassen werden, was zu ihrer Heilung nicht genügt, sodas die Kinder nach unbedeutender Besserung in ihre Heimat und in die Verhältnisse zurückkehren, die den Erfolg der Heilung in kurzer Zeit wieder illusorisch machen. Die tuberkulösen Kinder werden zum Teile auch in die Heilanstalten in Tannwald und Arnau geschickt, wo sie aber wieder den dorthin eigentlich bestimmten tuberkulösen Frauen den Platz wegnehmen. Für die mit Tuberkulose befallenen Kinder sollte und müßte daher eine eigene Anstalt geschaffen werden. Denn die eben angeführten Ziffern entsprechen durchaus nicht den wirklichen Verhältnissen, weil Gesuche um Aufnahme in die Heilanstalten nur deshalb nicht noch häufiger sind, da es allgemein bekannt ist, daß der Landesauschuss nur einer geringen Zahl der wirklich Heilungsbedürftigen den Aufenthalt in Heilanstalten ermöglichen kann. Wie die Verhältnisse wirklich liegen, zeigt der Umstand, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose nach dem Kriege in der Republik gegenüber der Vorkriegszeit um 100 Prozent zugenommen hat. Von allen Kulturvölkern ist die Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik am meisten durch die Tuberkulose betroffen. Von 10.000 Einwohnern sterben bei uns 45 an Tuberkulose, in Deutschland 13, in England 12. Dabei sind die Kinder in der Mehrzahl. Durch eine Untersuchung im Jahre 1921 wurde festgestellt, daß durchschnittlich 66 Prozent (aus 90.000 untersuchten Kindern) an Unterernährung leiden. Die Unterernährung erstreckte sich nur auf Städte über 10.000 Einwohner, sodas, wenn auch die kleineren Gebirgsstädte in Betracht gezogen worden wären, der Prozentsatz wohl noch höher gewesen wäre. Der Prozentsatz betrug beispielsweise in Laßitz 66 Prozent, Eger 68 Prozent, Komotau 68 Prozent, Tur 68 Prozent, Pardubitz 70 Prozent, Teichon 73 Prozent, Pilsen 75 Prozent, Gablonz 76 Prozent, Lann 77 Prozent, Chrudin 78 Prozent, Hohenmauth 78 Prozent, Rutenberg 79 Prozent, Brüx 80 Prozent, Mladno 84 Prozent, Schönbach 86 Prozent, Königshof 87 Prozent, Döle 88 Prozent, Prag 86 Prozent. Dabei handelte es sich nicht immer nur um Unterernährung infolge Hungers, sondern infolge schlecht gewählter, einseitiger Nahrungsmittel, um schlecht entwickelte Kinder mit verschiedenen Folgeerscheinungen und Neigung zu allerhand Krankheiten. Es ist daher notwendig, der Frage der Tuberkulose die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Denn nach der heutigen Ansicht ist die Tuberkulose hauptsächlich eine Krankheit des Kindes. Nach verschiedenen ärztlichen Statistiken reagierten auf Tuberkulose Kinder bis zu zwei Jahren acht Prozent, drei Jahren 20 Prozent, vier Jahren 32 Prozent, fünf Jahren 53 Prozent, sieben Jahren 61 Prozent, zehn Jahren 85 Prozent, 14 Jahren 93 Prozent!

Dauernde Vermittlungsversuche Englands.

Berlin, 13. Juni. (Eigenbericht.) Da die englische Regierung bis jetzt noch keinen Beschluß gefaßt hat, wie sie sich zur Ruhrfrage stellen soll, besteht die Auffassung, daß das englische Kabinett sich auch weiter um eine Verständigung bemüht. Nach einer späteren Meldung hat Baldwin die Absicht, vor der Entscheidung eine Entente-Konferenz einzuberufen, die über Frankreichs Forderung nach Aufgeben des passiven Widerstands beraten, die Reparationssumme auf 40 Milliarden Goldmark festsetzen und den Verteilungsschlüssel von Spa zu Gunsten Frankreichs und Belgiens ändern soll. Außerdem wird gemeldet, daß die Washingtoner Regierung über eine Londoner Anfrage erklärt hat, sie würde auf eine Einladung hin an den Reparationsverhandlungen teilnehmen. Auf jeden Fall beweisen diese Meldungen, daß von einem Bruch zwischen England und Frankreich noch keine Rede sein kann.

Die englischen Genossen gegen Poincarés „Vorbedingung“.

London, 13. Juni. (Wolff.) Das Parlamentmitglied Duxton wird den Premierminister morgen im Unterhause fragen, ob ihm bekannt sei, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung Englands gegen jede Erklärung der britischen Regierung sein würde, die eine Billigung der französisch-belgischen Forderung des Ruhrgebietes bedeuten würde, ferner ob irgend eine derartige Erklärung beabsichtigt sei und wenn ja, ob das Unterhaus Gelegenheit haben werde, die Frage zu erörtern, bevor eine solche Erklärung erfolge.

Eine Erklärung Jaspars.

Brüssel, 12. Juni. In der Kammer erklärte Minister des Innern Jaspars bei der Beratung des Haushaltes seines Ministeriums: Wir sind in das Ruhrgebiet einmarschiert, um Reparationen zu erhalten und werden erst dann hinausgehen, bis wir sie bekommen haben.

Wir wollen die Ausführung des Versailler Friedensvertrages, der unsere Schutzwehr ist. Wir haben bereits ein erstes Ergebnis erzielt, nämlich daß Deutschland den Versuch einer Meinungsänderung unternimmt. Wir wollen mit den Alliierten sprechen, mit Deutschland aber nicht vor Einstellung des passiven Widerstandes.

Katakrophenhaufe in Berlin.

Berlin, 13. Juni. (Eigenbericht.) An der Börse herrschte heute infolge der blutigen Dortmundereignisse und der Hartnäckigkeit Frankreichs Katakrophenstimmung. Auf dem Devisen- und noch mehr auf dem Effektenmarkt kam es zu starken Ausschüngen. Der Dollar stieg auf 98,500, das englische Pfund auf 455,000 (384,000), der Schweizer Frank auf 17,605 (15,121) und die tschechische Krone auf 2937 (2533).

Worte und kein Ende.

Necklinghausen, 13. Juni (Havas). In der Nacht vom 11. auf den 12. ds. wurden von einer französischen Wache zwei Deutsche erschossen, welche trotz des infolge der Ermordung des französischen Soldaten erlassenen Verbotes durch die Straßen gingen.

Necklinghausen, 13. Juni (Havas). Infolge der Ermordung des französischen Soldaten wurde der Belagerungszustand verschärft und das Verbot, sich während der Nacht auf den Straßen aufzuhalten, erlassen.

Essen, 13. Juni. (Wolff.) Die Franzosen haben nunmehr außer über Dortmund und Necklinghausen auch über Wanne und Dösch den verschärften Belagerungszustand verhängt. Jeder Personenverkehr ist zwischen abends 9 Uhr und morgens 5 Uhr strengstens untersagt. Auch der Verkehr von Lastkraftwagen, Automobilen und Motorrädern ist verboten.

Die französische Regierung versucht, unter Hinweis auf das Dortmunder Verbrechen, die Notwendigkeit des Verzichtes auf den passiven Widerstand zu beweisen. Das ist ein Finte. Kein Wort, das nachweisbar von deutscher Seite im Ruhrgebiet erfolgt ist, hat mit dem passiven Widerstand auch nur das geringste zu tun. Seit Beginn der Abwehr haben die Träger dieses Kampfes unter passiver Resistenz verstanden, dem Gewaltakt der französischen und belgischen Truppen mit geistigen Mitteln zu begegnen und Erfolge durch die Verweigerung der Arbeitsleistung unmöglich zu machen. Die allgemeine Verurteilung der feigen Mordtaten in Dortmund und die Festsetzung einer hohen Prämie für die Ermittlung der Täter sollte zur Genüge beweisen, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes, vor allem aber die deutsche Arbeiterklasse, die den passiven Widerstand an der Ruhr in erster Linie führt, mit den Verbrechen nichts gemein hat. Die Tat ist geschehen — die Täter sind zur Verantwortung zu ziehen, und es ist Pflicht der deutschen Gerichte, alles zu tun, um ihrer habhaft zu werden. Mit gegenseitigen Vorwürfen aber, wie sie die französische Presse jetzt wieder beliebt, wird weder diesen Bestrebungen gedient, noch können wir der angeblich auch von Frankreich gewünschten Verständigung näher. Ebenso sind die ohne Vernunft erfolgten Preistighandlungen gegen die Dortmunder Bevölkerung, die Ermordung weiterer fünf deutscher Staatsbürger und die Inhaftierung maßgebender Persönlichkeiten, die den Attentaten sicherlich fernstehen, nicht dazu angetan, den Geist der Rache zu töten. Das Beispiel des Umsturzes in Bulgarien, das wir gerade in diesen Tagen erleben mußten, sollte der französischen Regierung zur Genüge zeigen, daß Druck und Gegenruck, nicht aber Unterwerfung ohne weiteres hervorrufen.

Wieder ein Todesurteil.

Mainz, 13. Juni. (Havas.) Das Kriegsgericht verurteilte einen Ingenieur der badischen Anilinwerke, welcher bei einem Sabotageversuche ertappt worden ist, zum Tode. Der Angeklagte hat die ihm zur Last gelegten Taten eingestanden.

Berurteilung des Betriebsrates Müller.

Düsseldorf, 13. Juni. (Wolff.) Der im Krupp-Prozess wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Aufreizung der Menge zu Gewalttätigkeiten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Betriebsratsmitglied Müller wurde in der heutigen Revisionsverhandlung vor dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf wegen Störung der öffentlichen Ordnung (weil er nämlich die Arbeiter beruhigt hatte, D. Red.) zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage wegen Aufreizung der Menge zu Gewalttätigkeiten wurde fallen gelassen.

Gigantische Konfiskationen.

Dortmund, 13. Juni (Havas). In der Reichsbank wurden vierzig Milliarden Mark als Straffaktionen für die Ermordung zweier Unteroffiziere beschlagnahmt.

der letzten Zeit seine faschistische Seele nicht mehr verhält und den stolzen Namen „Zittel“ (Der Morgen) führt, gibt folgendes Bekenntnis von sich: „Die Demokratie ist nicht möglich dort, wo ihr die Voraussetzungen fehlen, das ist die Erziehung und Auffassung oder dort, wo Uneinigkeit und Intrigen jede Einigung illusorisch machen.“ Zur Diktatur ist auch ein Diktator nötig. Wir glauben, daß sich in zwölfster Stunde einer finden würde, um das bedrohte Vaterland zu retten.“ Wer dieser Diktator sein könnte, ist natürlich nicht schwer zu erraten. Herr Dr. Kramar hat es ja in Melnik gesagt, daß er die Sache ohne Parlament machen könnte. Die jungen nationaldemokratischen „Generatoren“, die ja das Unkraut des politischen Lebens ausjäten wollen, brauchen also nur zuzugreifen. Diktator Dr. Kramar hält sich vorrätig!

Die Gemeindevahlen in Prag finden — wie verlautet — nicht am ursprünglich festgesetzten Datum, das ist am 7. Oktober, statt, sondern werden erst am letzten Oktobersonntag oder am ersten Novembersonntag stattfinden.

Gemeindevahlen in Sandau. Am Sonntag den 10. Juni fanden in Sandau bei Marienbad Gemeindevahlen statt. Von den 703 abgegebenen Stimmen erhielt die sozialdemokratische Partei 163, die kommunistische Partei 43, der Bund der Landwirte 222, die Genossenschaft 135, die christlich-sozialistische Partei 86 und die nationalsozialistische Partei 54. Im Jahre 1919 erhielten die vereinigten bürgerlichen Parteien 396 Stimmen, die Selbstbestimmten 69 und die deutschen Sozialdemokraten 343 Stimmen. — Wir haben schon vor Wochen berichtet, daß in Sandau unsere besten Pa-

teigänger aus der Wählerliste gestrichen wurden. So kam es, daß uns über 50 Stimmen verloren gingen; unsere Genossen in Sandau haben es verstanden, im Dezember 1922 in die Wählerverzeichnisliste Einblid zu nehmen und als sie entdeckten, daß sie in der Wählerliste nicht enthalten sind, war die Reklamationsfrist schon längst vorbei. Ein Beweis, wie wichtig es ist, der Zusammenstellung der Wählerverzeichnisse unser ganzes Augenmerk zuzuwenden.

Der Völkerverbund eine wirkliche Schutzstelle für die Deutschen? Er ist es zwar noch nicht, er könnte es aber werden, wenn die deutschen Parteien, die Birgerlichen und die Sozialdemokraten, den Ratschlägen der „Prager Tagblätter“ folgen würden. Ungefähr monatlich einmal — an allen anderen Tagen stehen die Köpfe in den Sand — findet sich ein Leitartikel dieses Blattes bereit, herablassend, von der hohen Warte seines Redaktionsbessels aus, kostenlos seine Weisheiten über die innere Politik zum Besten zu geben. In der letzten Nummer wird nun wieder einmal zum kräftigen Staatsbekenntnis geraten. Der Artikelschreiber will die Meinung verbreiten, daß es nur an dem Fehlen der deutschen Lokalitätserklärung liegt, wenn die tschechischen Parteien nicht bereit sind, eine Politik des nationalen Friedens, der Versöhnung und des Beiseitens zu machen. Er fordert damit, wahrscheinlich gar nicht mehr erötend, den Spüren, die von der „Prager Presse“ und anderen Regierungsblättern ausgehen. In Wirklichkeit handelt es sich doch den Regierungsparteien gar nicht um solche Erklärungen aus deutschem Munde — von Seligers erster Parlamentssrede an sind sie wiederholt von unseren Vorführern, von deutschen Anhängern u. a. abgegeben worden. Die mangelnde „Lokalität“ und das fehlende „Staatsbekenntnis“ sind doch nur faule Ausreden, durchsichtige Vorwände für die Absicht, das System der allnationalen Koalition unverändert aufrechtzuerhalten. Das vom „Prager Tagblatt“ gewünschte Bekenntnis würde wahrscheinlich gar nichts ändern, am wenigsten aus dem heutigen Entente-Völkerverbund eine „wirkliche Schutzstelle für die Deutschen“ machen.

Unter dem Schutzgesetz. Nach einer Meldung der „Moravské Noviny“ werden die Redaktionsmitglieder der „Roknost“, Mgr. Rouček, Redakteur Doležal, Grimlich, Smitka und Dr. Čer wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verfolgt.

Auslandspropaganda und tschechische Sozialdemokratie.

Gestern erzählten wir von dem Magelied, das ein Unbekannter von bekannter Bestimmung im Pariser „Temps“ über den „Verrat“ der Deutschen an den tschechischen Genossen angestimmt hat, und jetzt berichtet das „Volkrecht“ über einen zweiten ganz ähnlichen, nur viel deutlicheren, ja schon eindeutigen Fall. Unser „Volkrecht“ erhielt nämlich von der Redaktion eines großen Schweizer Parteiorgans einen Artikel des tschechischen Sozialdemokraten Josef Linhart zugesandt, der Presseattaché bei der tschechischen Gesandtschaft in Zürich ist und nebenher das „Pravo Lidu“ als Korrespondent bedient. Der Artikel Linharts ist zur Verbreitung in der Schweizer Parteipresse bestimmt und bemüht sich unter dem Deckmantel der Objektivität, nicht als ob ein tschechischer, sondern als ob ein Schweizer Sozialdemokrat seine Meinung auszusprechen, unser Vorgehen gegen die tschechischen Genossen auf dem Hamburger Kongress als „unsachlich und nicht loyal“ hinzustellen. Linhart scheint das dunkle Geschäft, die Meinung der Schweizer Parteigenossen zu beeinflussen und zu verfälschen, schon öfter betrieben zu haben, diesmal aber ist es ihm arg daneben gelungen. Denn anstatt sein jehuitisch maskiertes Geschreibsel abzubringen, hat das Schweizer Blatt es dem „Volkrecht“ zur Verfügung gestellt mit einem Begleitbrief, der Linharts Vorgehen erschöpfend charakterisiert. Er lautet:

„Dami Ihr seht, in welcher Weise die tschechoslowakischen Nationalsozialisten im Ausland gegen Euch die Stimmungsmache betreiben, sende ich Dir einen Artikel, den uns ein Joseph Linhart in Genf zustellte. Der Mann fabriziert seit Jahr und Tag sozialnationale Stillschreibungen, mit denen er unsere Schweizer Parteipresse belästigt. Linhart steht zweifellos nicht nur mit den tschechischen Nationalsozialisten in intimster Verbindung, er ist auch der Offiziosus der Prager Regierung. Dafür sprechen zahlreiche frühere Artikel aus seiner Feder. Ihr solltet in Eurer ganzen Presse diese Linhart'sche Meinungsoberteil an den Prager stellen und auch in der reichsdeutschen wie der Schweizerischen Parteipresse für eine Klarstellung der Dinge sorgen.“

In übrigen: Die Person Linharts interessiert uns weniger; aber die Sache hat auch eine grundsätzliche Seite, nämlich die, daß die tschechischen Sozialdemokraten die überbläutete Einrichtung der Auslandspropaganda überdies noch für ihre höchst eigenartigen Parteizwecke gebrauchen. Es genügt ihnen nicht, daß die internationale Öffentlichkeit durch diese amtlichen Pressestellen über die tschechischen Verhältnisse im allgemeinen regelrecht eingeseift werde, nein, sie soll auch über die tschechische Sozialdemokratie im besonderen systematisch irreführend werden. Und überdies hat das „Pravo Lidu“ an manchen Presseattachés billige und wohlinformierte Korrespondenten. Das scheint uns der Staatsstreik etwas zu viel, das ist bereits Treue zur Staatskrippe.

Inland.

„Ein freches Maul.“ Unter diesem Titel charakterisieren die Brüner „Lidové Noviny“ den Zavorinaaufsatz der Rotweihen wie folgt: „Die Rotweihen verstanden ein Flugblatt, in dem sie zu einer Manifestationsfahrt auf die Zavorina einladen. Die Fahrt auf die Zavorina kann ja sehr schön sein und mag auch ein nütliches Unternehmen sein. Deshalb wünschen wir auch den Rotweihen schönes Wetter und viel Glück, wenn auch ihr Flugblatt ein Werk leeren, dummen und geschwollenen Bombastis ist, sodas einem bei seiner Lektüre vom Magen übel wird. Aber es ist schwer glaublich, daß sie der liebe Gott nicht mit Regen, Wolfenbruch, Hagelschlag und anderen Strafen belegen wird. Sie verkünden nämlich in ihrem Flugblatt nicht weniger und nicht mehr, als daß „unser Platz im Kriege des nationalen Aufstandes mit Polen natürlich auf Seite Ruhandes ist“. Sie verkünden weiter, daß „es im Interesse des Slaventums zur vierten und definitiven Teilung Polens kommen müsse, wenn Polen in seiner wahnsinnigen Mäuerpolitik forsjährt“ und enden schließlich damit, daß „unser Armee heute schon so stark ist, daß sie die Polen und Magyaren mit einem Schlage vernichten kann“. Das ist uns ein etwas starker Tabal und wenn es auch um fragwürdige Existenzen geht, deren politischer Einfluß nicht einmal ins Gasthaus reicht, so ist es doch nötig, mit dem Finger auf den Boden der Prager Hysteriker zu verweisen. Nicht um ihrer selbst willen, aber wegen der Herren, die mit solchen Alotriis nedisch kofettieren, nur weil dabei auch an der Spitze des Staates stehende Leute beschimpft werden, „denen Ihre,

Recht und Interessen der Nation fremde, gleichgültige Dinge sind“. Ob sie sich wenigstens schämen? Und schämen sie sich, für diese frechen Mäuler, fühlen sie denn nicht das Bedürfnis, ihnen ins lange Ohr zu räumen, wie sie dies ja auch sonst tun, daß unser Platz im russisch-polnischen Kriege hinter dem Ofen sein wird, daß Polen nicht mehr geteilt werden wird, daß wir durch seine Katakrophen schwer betroffen wären, daß unsere Armee nicht da ist, um irgend jemanden zu vernichten und daß sich vor der Welt am meisten schadet, wer ganz nach preukischer Art mit seiner Kraft hauiert geht? Vielleicht warten unserer Armee Prüfungen — die Zeiten sind schwer — aber dann wird es um den Bestand unseres Staates gehen. In diesem Falle werden allerdings die Rotweihen verschwendet sein, sie werden unter die Drückelberger gegangen sein.“ — Das Brüner nationaldemokratische Blatt findet treffende Worte für den Größenwahn der Rotweihen. Beachtenswert ist, wie die „Lidové Noviny“ auf jene ihrer eigenen Parteigenossen zeigen, „die mit solchen Alotrien nedisch kofettieren“. Das sind nämlich die Herren Senatoren Mareš, Dula, die nicht nur mit den Rotweihen kofettieren, sondern auch ihren Namen unter diesen Aufruf gesetzt haben. Interessant ist, daß Herr Mareš und Konforten Polen aufteilen wollen. Was sagt hiezur der große Slave Dr. Kramar? Wird er seinen Kollegen aus dem Senate sofort wegen dessen slavenfeindlichen Haltung zur Verantwortung ziehen, so wie er wegen angeblicher Slavenfeindlichkeit den Dr. Beneš und andere bekämpft.

Her mit dem Diktator! Das Organ der jungen nationaldemokratischen Generation, das in

Telegramme.

Der Prager-bulgariſche Geſandte als Auſſtaſcher.

Prag, 13. Juni. (Tsch. P.-B.) Der bulgariſche Geſandte Raſſo Daſkalow gab heute den Preſſevertretern folgende Erklärungen ab: Der Umſturz in Sofia wurde von dem geſtorbenen König Ferdinand und ſeiner Dynaſtie mit Hilfe ſeiner Kamarka und den Reſten der alten politiſchen Partei, der Reſerveoffiziere und Maqedonier durchgeführt. Das Ziel des Umſturzes iſt es, die Rückkehr Ferdinands und aller Mitglieder ſeiner Dynaſtie nach Bulgarien zu ermöglichen. Das bedeutet ſachlich die Rückkehr zu der alten Politik des Imperialismus, zur unaufſichtigen auswärtigen Politik, zu den Handlungen hinter den Kuliffen, zu Streitigkeiten und Kämpfen mit den Nachbarn. Alles dies bedroht neuerdings den ſo ſchwer erkämpften Frieden. Die maqedoniſchen Komitatſchis mit Todor Alexandroff an der Spitze und die Reſerveoffiziere unter Führung des Generals Lazaroſſoff ſind die wirklichen Diktatoren in Sofia. Die jetzigen Miniſter ſind vorgeſchützte Perſonen, die ſteig gewechselt werden, ſolange nicht die Ferdinand ergebenden Leute zur Regierung gelangen. Um ihr Ziel zu erreichen, haben die Verſchwörer den König Boris brennt, der ein Menſch ohne Willen iſt. Sich Sofia zu bemächtigen, war für ſie nicht allzu ſchwer, da unſere Regierung dort niemals eine feſte Poſition hatte.

Nach zuverläſſigen Nachrichten herrſcht im Schoße der neuen Regierung ein vollſtändiges Chaos. Um ſich auf längere Zeit halten zu können, haben die Urrpatoren über Sofia und deſſen Umgebung den Ausnahmezuſtand verhängt und die Generalmobilisation angeſchrieben. Biſher gelang es ihnen, 20.000 Reſerveoffiziere, 35.000 Komitatſchis und 50.000 Mann regulärer Armee und Reſervisten zuſammen zu treiben. Außerdem verteilten ſie aus den Arſenalen Waffen an ihre übrigen Anhänger. Die Zugänge nach Sofia ſind durch Artillerie geſchützt, die ſich bei Bobit Ramat, bei Njhtiman in der Richtung gegen Blodiv poſtirt, welche Stadt ſcheinbar in den Händen der alten geſchlichen Regierung verblieb. Eine zweite Abteilung Artillerie hat bei Blodaj, 15 Kilometer weſtlich von Sofia, in der Richtung gegen Radomir bei den ſerbiſchen Grenzen Aufſtellung genommen. Ein dritter Teil iſt beim Petrovhan-Baſ poſtirt, über welchen der Weg nach Kompanſka und die Donauüberquerung führt. Nördlich und weſtlich von dieſer Poſition ſteht die ganze Gegend mit den Städten Berkovica, Brato, Bela-ſlatina auf der Seite der geſchlichen Regierung. Alle dieſe Vorbereitungen bedeuten den Beginn des Bürgerkrieges. Außer den Verſchwörern und ihren Helfershelfern erkennt niemand in Bulgarien die uſurpatoriſche Regierung an. Mit der Koburg-Dynaſtie iſt es zu Ende. Vorläufig hat die geſchliche Regierung alle Maßnahmen ergriffen, um ein Blutvergießen zu vermeiden. In der erſten Phase der Kämpfe wird ſie ſich mit einer wiſſchaftlichen Blockade der Hauptſtadt zuſtellen.

Die diplomatiſchen Vertreter der geſchmähtigen Regierung haben den Auſtritt erhalten, alles zu unternehmen, eine Intervention von außen nicht zu zulassen, denn die bulgariſche Nation iſt entſchloſſen, nicht zu erlauben, daß die von der Regierung Stambolijſkiſis ſeit vier Jahren betriebene auswärtige Politik geändert würde. Der Geſandte iſt mit Stambolijſki durch Vermittler in Verbindung. Stambolijſki ſelbſt befindet ſich bei in Sta-be der geſchmähtigen Regierung, dieſer ſelbſt in dem ſelbſt genannten Abſchnitt des Balkans zwiſchen den Städten Pazardſik und Panaguriſte ober der Stadt Njhtiman. Woher Herr Daſkalow die intimen Vorgänge im Schoße der neuen Regierung kennt, iſt unerfindlich, da Sofia bisher hermetiſch abgeſchloſſen iſt. Im übrigen fordert es den ſchärſten Widerpruch heraus, wenn das amtliche Prager Preßbüro den Geſandten einer offenkundig geſtürzten Regierung noch als offiziellen Anwalt Bulgariens zu Worte kommen läßt. Damit ergriff es in einer Sache Partei, die es nichts angeht. Die Redaktion.)

Italien gegen Serbiens Interventionspläne.

Rom, 13. Juni. „Dea Nazionale“ erklärt die Durchführung einer ſerbiſchen Aktion gegen Bulgarien ohne eine Ermächtigung durch die Großmächte für ausgeſchloſſen.

Keine Teilnahme der Maqedonier.

Sofia, 12. Juni. (BTA). Amtlich werden die aus Belgrader Quelle ſtammenden Meldungen dementiert, denen zufolge der Führer der Maqedonier Todor Alexandroff an der Abſetzung des Kabinetts Stambolijſki teilgenommen hat. Es beſteht keine Beziehung zwiſchen der maqedoniſchen Bewegung und jener, welche den Sturz Stambolijſkiſis herbeigeführt hat. Jedwede entgegengeſetzte Behauptung iſt tendenziös und abſolut irrig.

Stambolijſki entflohen.

Belgrad, 13. Juni. Nachrichten aus Paribrod zufolge wurde die Gemeinde Slawowice von Regierungstruppen beſetzt. Stambolijſki iſt es gelungen zu entfliehen. Der frühere Miniſter Dbow wurde getötet.

Einkellung des oberöſterreichiſchen Streiks.

Berlin, 13. Juni. (Eigenbericht.) In den größten Betrieben Oberöſterreichs wurde heute die Arbeit wieder aufgenommen. Die wilde Streikleitung ſah ſich daher zur Liquidation des Streiks gezwungen. Sie nahm den Bericht ihrer mit leeren Händen aus Berlin zurückgekehrten Delegation entgegen und forderte die Arbeiter auf, Freitag früh in den Betrieben zu erſcheinen, um den Bericht der Betriebsräte entgegenzunehmen. Die Gerüchte über Plünderungen ſind falſch.

Noch eine deutſche Mordorganisation.

Wien, 13. Juni. (Eigenbericht.) Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht morgen ein geheimes Rundſchreiben des deutſchen Wehrbundes mit Richtlinien für ſeine militäriſchen Organisationen. Darin heißt es unter anderem: Der deutſche Wehrbund iſt nach außen hin vollkommen unbewaffnet und nicht militäriſch organisiert. Er müſſen daher alle Bezeichnungen vermieden werden, die auf den militäriſchen Charakter hindeuten, und es müſſen alle militäriſchen Bezeichnungen durch unverfängliche, meiſt ſportliche Ausdrücke erſetzt werden. Ferner heißt es, daß der militäriſche Charakter des Wehrbundes wegen der Friedensverträge nach außen nicht in Erſcheinung treten dürfe, daß aber der Charakter ein militäriſcher bleiben müſſe. Sehr genau wird über die Abrihtung und Ausrihtung kleiner Elite-ſtruppen gehandelt. Dieſe ſollen beſonders zur Säuberung von Straßen, aber auch zur Aushebung feindlicher Depoſits und zu Ueberfällen auf gegneriſche Führer verwendet werden.

Militärentzugsorgel.

Wien, 13. Juni. Das Salentanzlerorgan „Deutſche Arbeiterpreſſe“ meldet, daß am 16. und 17. d. M. in Paſſau ein großer Salentanzlerkongreß ſtattgefunden wird, auf welchem der bayriſche Führer Hitler ſprechen wird. An dem Kongreß werden auch die Führer der national-ſozialiſtiſchen Bewegung Oſterreichs ſowie Vertreter der Deutſchen aus der Tſchechoſlowakei teilnehmen. — Ob Ruhs und Munt als Ehrengäste werden vor der Verhandlung beurlaubt werden?

Erhöhung der deutſchen Erwerbsloſenunterſtützung.

Berlin, 13. Juni. (Tsch. P.-B.) Wie die Blätter melden, iſt durch Beſchluß der Reichsregierung und des Reichsrates die Erwerbsloſenunterſtützung mit Wirkung vom 4. Juni um 36 Prozent erhöht worden.

Tages-Neuigkeiten.

Die Wahlkugeln beginnen bereits ihren Kreislauf. Die „Zudenendeutſche Tageszeitung“, das in Prag hergeſtellte Erzeugnis der Salentanzler Vödgmanſcher Konfeſſion, bringt unter dem harmloſen Titel „Gloſſen vom Tage“ die niederträchtigſten Verleumdungen unſerer Partei, ihrer Preſſe und ihrer Führer. Der Karlsbader „Volkswille“ brachte kürzlich aus Anlaß des „Rameradſchaftstages“ des ehemaligen Egerländer Hausregimentes einen Artikel, in dem er die Arbeiter daran erinnert, wie ſie ſeinerzeit von den Offizieren, den heutigen Veranſtaltern von Kameradſchaften, nicht anders denn als „Egerländer Schweine“ bezeichnet wurden. Nun ſagt die deutſchnationale Preſſe das Wort ſo um, als ob heute unſere Partei damit die Bevölkerung des Egerlandes beſchimpfen wollte! Damit beweiſen die Salentanzler nur, daß ſie ſelber wiſſen, auf wen das Wort „Schweine“, ſeinerzeit von ihreſgleichen geprägt, heute noch wie demals taſſächlich richtig angewendet wäre. Die „Zudenendeutſche Tageszeitung“ erzählt auch, daß Abg. Genoffe Hillebrand jüngſt gelegentlich einer Italienreiſe in Geldverlegenheit ſam und bei dem Repräſentanten des iſchſchen Imperialismus, Herrn Beneſch, eine kleine Anleihe aufzunehmen gezwungen war. Um der Giſtarter gleich auf den Kopf zu treten, ſei ſiegeſtellt, daß Genoffe Hillebrand im Vorjahre auf ſeiner Reiſe unglücklicherweise ſein ganzes Geld verlor und ſich daher auf der tſchechoſlowakiſchen Geſandſchaft in Venedig einen Geldbetrag anweiſen ließ, um heimreiſen zu können. Aus dieſem Reſematheur, das jedem paſſieren kann, konſtruiert die deutſchbürgerliche Journalle eine Affäre, deren Anrüchlichkeit dem gläubigen Leſer zwiſchen den Zeilen entgegenſtand ſoll: „Geldverlegenheit“, „Imperialismus“, „Beneſch“ — das ſind die „Indizienbeweiſe“, mit denen zur Wahlzeit Stimmung gemacht werden ſoll. Die Herrſchaften werden aber wenig Glück haben, da wir ihre Verlogenheit ſteis prompt anprangern werden. Und alle Anſtändigen mögen dann daraus ihre Schlüſſe ziehen.

Prager Genoffen und Genoffinnen! Die Gemeindevahlen in Groß-Prag finden Ende September l. J. ſtatt. Es wird aufmerkſam gemacht, daß nur diejenigen Wähler wahlberechtigt ſind, die in den ſtändigen Wählerliſten eingetragen ſind. Es iſt daher unbedingt notwendig, daß alle unſere Parteigenoſſen in die vom 15. Juni bis 22. Juni öffentlich aufliegende Liſte Einblid nehmen und ſich überzeugen, daß ſowohl ſie ſelbſt als auch alle ihre Bekann-

ten eingetragen ſind. Es handelt ſich darum, eine jede Stimme zu ſichern und dafür zu ſorgen, daß auch nicht eine Stimme unſerer Partei verloren geht. Die Wählerliſten liegen für Prag I bis VI beim Prager Magiſtrate (Altes Rathaus, Zimmer Nr. 13), für Prag VII bei der Magiſtratsreſtorei Prag VII, für Prag VIII bei der Magiſtratsreſtorei Prag VIII, in den übrigen Gemeinden bei den betreffenden Gemeindevorſtehern auf. Wahlrecht und daher das Recht auf Eintragung in die Wählerliſten hat jeder Wähler und jede Wählerin, welche bis 15. Juni l. J. das 21. Lebensjahr erreicht hat und mindereſtens ſeit dem 15. März l. J. in Groß-Prag wohnt. Dabei macht es keinen Unterſchied, in welcher Gemeinde Groß-Prags der Wähler gewohnt hat, und ob er während dieſer Zeit aus einer Gemeinde Groß-Prags in die andere Gemeinde überſiedelt iſt. Von der gewiſſenhaften Führung des Reklamationsverfahrens hängt ſehr viel für den Ausfall der Wahlen ab und es iſt daher unbedingt notwendig, daß alle unſere Parteigenoſſen und Genoffinnen das Reklamationsverfahren zur Sicherung ihres eigenen und des Wahlrechtes aller ihrer Bekannten ausnützen. Bei Einbringung von Reklamationen iſt der Konſkriptionsbogen oder ein Identitätsdokument mitzubringen. — Anſtrichen ſind zu richten und Anſtriche werden erteilt im Verein deutſcher Arbeiter, Prag, Zmetsch 27-III.

Deutſchböhmischer Beſuch in Dresden. Am vergangenen Sonnabend trafen etwa 700 Angeſtellte aus Bodaubach, Tepſin und Umgebung zum Beſuch der Kollegenſchaft des Zentralverbandes der Angeſtellten in Dresden ein. Durch den Dresdner Verkehrsverein waren Quartiere geſtellt. Am geſchmückten Ivoſkaal trafen ſich die Fremden mit den Dresdner Kollegen bei einem gemeinſamen Feſtabend. Eine aus den Reihen der deutſchböhmischen Kollegen vorgeſchlagene Kroneſammlung für die erwerbsloſen Kollegen des Zentralverbandes ergab eineinhalb Millionen Mark. Sonntag früh wurde die Hygiene-Ausſtellung mit ärztlichen Führern beſichtigt. Dann folgte eine Sondervorſtellung im Reutſchbader Schauſpielhaus. Den Zauber bildete die Beſichtigung der Ausſtellung. Die Beſucher waren über das Angebotene erfreut. Viele davon waren, trotzdem ſie ſich ſelbſt nicht in beſter Lage befinden, bereit, Kinder Dresdner Kollegen zur Erholung in ihren Ferien in Teuſchböhmien aufzunehmen. — Der Beſuch und der Verlauf beweiſen die herzlichen Beziehungen und die Solidarität zwiſchen den deutſchen Angeſtellten dieſſeits und jenseits der Grenze und laſſen hoffen, daß das Band, das dieſe engeren Klaſſengennoſſen umſchlingt, noch ein innigeres, feſteres werde.

Eine betrügeriſche Matura in Mähr.-Oſtrau. Wie aus Mähr.-Oſtrau gemeldet wird, wird dort an der deutſchen Realkſchule eine Betrugsaffäre unternommen, die zur Annullierung der ſchriſtlichen Reifeprüfung geführt hat. Es ſam nämlich zutage, daß der Schuldner der deutſchen Realkſchule in Oſtrau, Schwarzger, den Brief, der die Fragen für die ſchriſtliche Maturaprüfung enthält, auf dem Wege von der Poſt zur Schule geſchmuggelt hatte und den Studenten gegen eine größere Geldentſchädigung beſtanden daraufhin die ſchriſtliche Prüfung mit gutem Erfolg. Kurze Zeit nach der Matura teilten die Maturanten den Schwindel ihren Kollegen mit, und einer von ihnen erzählte es auch einem Gymnaſiſten aus Oberberg. Dieſer Schüler verriet nun in einem Geſpräch mit einem Profeſſor des Oberberger Gymnaſiums die ganze Sache. Der Profeſſor erſtattete dem Direktor der deutſchen Realkſchule in Oſtrau Dr. Liebfcher darüber Mitteilung, der den Betrag dem Landeſchulrat zur Anzeige brachte. Alle Maturanten wurden einem ſtrengen Verhör unterzogen, doch weigerten ſie ſich, über die Affäre irgendwelche Mitteilungen zu machen. Ueber Antrag des Landeſchulrates wurden die ſchriſtlichen Maturaprüfungen für ungültig erklärt und der Landeſchulrat erklärte, daß ſolange keine mündlichen Prüfungen ſtattfinden werden, ſolange die ganze Affäre nicht reſtoſo aufgelöst iſt. Vorgeſtern wurde nun in dem Studenten Blaſchek der Urheber des Betruges ſichergeſtellt. Die Stellung des Realkſchuldirektors Dr. Liebfcher wird für erſchüttert angeſehen. In den deutſchen Kreiſen von Mähr.-Oſtrau hat nach den Blättermeldungen dieſe Affäre großes Aufſehen erregt.

Skandalöſe ſanitäre Zuſtände in Prag-Ruſte. Vor einigen Monaten wurde in der Jaromirgaffe in Prag-Ruſte vor dem Gaſthaus „Aljeſena“ ein öffentlicher Brunnen geſperrt, da es ſich herausgeſtellt hatte, daß einige Perſonen, die aus dieſem Brunnen Waſſer ſchöpften, an Typhus erkrankten. Seit einigen Tagen nun ſtehen vor dieſem wegen Typhusgefahr geſperrten Brunnen große Fronten von Leuten, welche aus dieſem Brunnen Waſſer holen müſſen, da Ruſte ſeit Sonntag ohne genießbares Waſſer iſt. Nach Ruſte wurde vor kurzer Zeit gutes Kararner Trinkwaſſer eingeführt, doch die Leitung funktionierte nur 14 Tage in taſelloſem Zuſtand. Seit Sonntag fließt in den Leitungsröhren ſtatt reinem Kararnerwaſſer ein ſchmutziggelbes, teilweiſe mit Schlamm vermiſchtes Waſſer, das zum Trinken vollſtändig ungeeignet iſt. Die Bevölkerung iſt daher gezwungen, wieder den Brunnen in der Jaromirgaffe zu benützen, obwohl er durch das Prager Geſundheitsamt ſeinerzeit geſperrt werden mußte. Obwohl nun die Beſchwerden davon verſtändig wurden, daß das Kararner Waſſer ſeit Sonntag ungenießbar iſt, geſchah biſher ſeitens der Be-

hörde nichts zur Abhilfe dieſes Uebelſtandes und es iſt abzuharren, ob es das Prager Geſundheitsamt darauf ankommen laſſen wird, daß alle Häuser in Ruſte mit Typhus verſucht werden.

Das graufige Kinderelend in Deutſchland. Ein Bericht des Stadtschulrates in Billingen teilt mit, daß an der dortigen Anaberkſchule von 798 Kindern nur 14 genügend ernährt und nur fünf eine genügende Blutbeſchaffenheit haben; 541 Kinder ſind mitternährt, 340 unterernährt, 482 Kinder haben eine mittergute Blutbeſchaffenheit, 311 eine ſchlechte. Bei den Kindern der unterſten Klaſſen liegen die Verhältniſſe ebenſo.

Rumäniſche Klaſſenjuſtiz. Wie unſeren Leſern noch erinnerlich ſein dürfte, ereignete ſich am 22. April im Bergwerk Lupeni in Rumänien eine Exploſionskataſtrophe, der 82 Bergarbeiter zum Opfer fielen. Bei der Unterſuchung ſtellte ſich heraus, daß das Unglück ganz offenbar durch die Nachläſſigkeit der Unternehmer verſchuldet wurde. Es wurden daher die Leiter des Unternehmens verhaftet und vor Gericht geſtellt. Dieſer Tage hat nun das Debaer Tribunal gegen zwei von den fünf Angeklagten das Urteil gefällt, das natürlich — da es ſich um Unternehmer gehandelt hat — außerſt milde ausgefallen iſt. Die Debaer Richter, die jedenfalls das Leben von 82 Arbeitern nicht beſonders hoch einſchätzten (waren es doch „Börſenarbeiter“!), verurteilten die Angeklagten zu je 9000 Lei Geldſtrafe, reſpektive drei Monaten Gefängnis!

77 engliſche Meilen in 75 Minuten. Aus London wird gemeldet: Die Great Weſtern Railway hat einen neuen Fahrplan herausgegeben, in welchem einige noch nicht dagewefene Zugſchnelligkeiten angeführt ſind. Der Schnellzug E 3 uſt jener nach Exeterham, welcher den erſten Teil ſeiner Fahrt, nämlich von London nach Zwindon, in einer Entfernung von 77 engliſchen Meilen in 75 Minuten zurücklegt. Bemerkenswert iſt auch die Schnelligkeit des aus London nach Torquay fahrenden Zuges, welcher 200 Meilen in 215 Minuten zurücklegt. (Eine engliſche Meile iſt gleich 1609,31 Meter.)

Glückliche Gemeinden. Wie die Blätter berichten, werden im heurigen Jahre die Gemeinden Smilowiz und Jableniz im Gebiete von Jungbunzlau keine Gemeindezuſchläge einheben.

Eine Schießerei auf Schmuggler in Warnsdorf. In der Nacht zum Dienſtag wurde der 27-jährige Joſef Michl aus Warnsdorf von zwei Finanzern dabei betreten, wie er 16 Paar Schuhe aus Sachſen über den „Edelgrund“ herüberpaſſen wollte. Die Finanzier wollten den Schmuggler zum Bezirksgericht bringen, doch dieſer entflohen in der Nähe des Warnsdorfer Poſtamt und verſteckte ſich bei einem Hauſe in der Härberggasse. Ein Finanzier gab auf den fliehenden zwei Schüſſe ab, durch die Michl am Baſte ſchwer verletzt wurde. Michl wurde nach Anlegung des erſten Verbandes ins Krankenhaus überführt. Die Schießerei mitten in der Stadt, die leicht hätte Unſchuldige als Opfer fordern können, hat unter der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen.

Die Zahl der ſchulpflichtigen Kinder in Groß-Prag. In den Volkſchulen in Groß-Prag ſind inſgesamt 44.074, in den Bürgerſchulen 19.014 Schulkinder eingetragen. Schulklaſſen gibt es 1582. In 17 Klaſſen von Volkſchulen ſind 321 Kinder eingeschrieben. Es gibt daher im ganzen in Groß-Prag 63.409 ſchulpflichtige Kinder. Im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte hat Weinberge die wenigſten, Koſitz die meiſten Schulkinder.

Der kalte Juni hat in den gebirgigen Teilen der tſchechoſlowakiſchen Republik einen vollſtändigen Wetterumſchlag mit ſich gebracht. Sowohl im Rieſengebirge, als auch in der Tatra iſt in der vorigen Woche Schnee gefallen. Während des Tages wieder wechſelnd, blieb in der Tatra der Schnee auch tagsüber liegen, ſo daß deren Berggipfen ein winterliches Ausſehen haben. In den Sommerfriſchen der Tatra hat inſolge dieſes Wetterſturzes eine Flucht der Sommergäſte eingeleitet.

20 Mädchen verſchollen. Wie aus Arad gemeldet wird, ſind dort in den letzten Tagen 20 Mädchen im Alter von 14 bis 15 Jahren auf ſeltſame Weiſe verſchwunden. Die Mehrzahl der Verſchwundenen ſind Schülerinnen des Lyzeums, die früh zur Schule gingen und nicht mehr nach Hauſe zurückkehrten. Von den auf ſo räſelhafte Weiſe verſchollenen Mädchen fehlt biſher jede Spur. Eines der Mädchen bloß hinterließ ſeiner Mutter einen Abſchiedsbrief, der jedoch keinen Anhaltspunkt für den derzeitigen Verbleib der Mädchen bietet.

Rücktritt des chriſtlichſozialen Bürgermeiſters von Weipert. Wie aus Weipert gemeldet wird, iſt der derzeitige chriſtlichſoziale Bürgermeiſter M. Frank wegen Zuſtigkeiten in der chriſtlichſozialen Partei von ſeinem Amte zurückgetreten.

Neunhundert Kartenauffſchlägerinnen in Prag. Nach einer privaten Statiſtik ſind in Prag 900 Kartenauffſchlägerinnen behördlich gemeldet. Für die Hauptſtadt der tſchechoſlowakiſchen Republik iſt dieſe Zahl eine beſchämende Tatſache, da ſie zeigt, wie tief noch der Aberglaube und die Dummheit unter der Prager Bevölkerung herrſcht.

Grauenhafter Selbſtmord in Brünn. Montag früh begoß die 49-jährige Beamtin Ladopole in Brünn ihre Kleider mit zwei Liter Spiritus und zündete ſie ſobann an. Die Unglückliche erlag im Krankenhaus ihren fürchtbaren Verletzungen.

Ausplünderung einer Pfarrei durch Zigeuner. Am 5. Juni wurde die Pfarrei in Pruschin im Buzener Gebiete von Zigeunern ausgeplündert.

Nadoklabov, der gewesene Ministerpräsident Bulgariens, soll — wie wir erfahren — im Laufe der nächsten Zeit in Prag eintreffen.

Mordversuch in Prag-Břichov. Gestern vormittags wurde in ihrer Wohnung in Prag-Břichov die 75jährige Schneidermeistersgattin Barbara Staňová von einer unbekannt Frau überfallen und durch Schläge auf den Kopf tödlich verletzt.

Die Autorserei. Beim Ueberschreiten der Fahrbahn vor dem Repräsentationshaus wurden gestern vom Automobil N.307, welches der Chauffeur Viel aus Litzow lenkte, die Beamten Anna Studihrad mit ihrem fünfjährigen Töchterchen niedergestoßen.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Wie sich die Herren Unternehmer die Steuerkommissionen vorstellen. Im Zuge der geplanten Steuerreform sollen auch die Steuer-Einschätzungskommissionen neu gebildet werden, wobei die Regierung diese Körperschaften nicht mehr durch die Steuerträger wählen, sondern durch die zuständigen Finanzlandesdirektionen ernennen lassen will.

Brotwucherer an der Arbeit. Das Mitglied der Brotwucherer ist wirklich herzzerreißend. Besonders in der letzten Zeit vernimmt man immer häufiger, wie furchtbar schlecht es unter anderem auch den Mühlenindustriellen in der Republik geht.

Dienstag haben die unermüdblichen Herren auch beim Ministerpräsidenten Svehla vorgesprochen, der ihnen versprochen haben soll, die Mühlenindustrie wohlwollend zu schützen.

Den Schnapsbrennern zu Hilfe. Das interministerielle Komitee für die Liquidierung der Spirituskommission bezieht sich in einem Kommuniqué die, die Deffenlichkeit angeblich beunruhigenden Gerichte, daß die Spirituspreise für den Inlandskonsum in nächster Zeit herabgesetzt würden, zu befrachten.

Kinderarbeit in der französischen Glasindustrie. Der letzte Kongreß des französischen Glasarbeiterbundes hat gegen die unhaltbaren Zustände in der Glasindustrie schärfsten Protest erhoben.

Devilskurle.

Die tschechische Krone notiert in:
Mährisch Schw. Prant 16.61'25
Berlin Mark 2445.00
Wien österr. Kr. 2123.00

Prager Kurse am 13. Juni.

Table with 3 columns: Item, Gold, Ware. Includes 100 holl. Gulden, 10,000 Mark, 100 belg. Francs, etc.

Züricher Schlusskurse am 13. Juni.

Table with 3 columns: Item, Gold, Ware. Includes Paris, London, Berlin, Holland, etc.

Vorträge.

Die nationale Frage. Die Vortragsreihe über die nationale Frage, die vom internationalen Ausschuss der sozialistischen Studenten veranstaltet wird, brachte nach dem vor einigen Wochen stattgefundenen Vortrag des Professors Radl am Samstag ein Referat unseres Genossen Sen. Polach.

Der Aufbau des Vortrages war durch die vorhergehenden Ausführungen Radls gegeben. Die Polemik gegen Radl war nicht die des Deutschen gegen den Tschechen, sondern ein Hervortreten des marxistischen Standpunktes gegenüber dem Nichtmarxisten.

Prof. Radl verweist in seinen Ausführungen, in denen er dem Internationalismus der marxistischen Sozialdemokratie vorwirft, A. oder Antinationalismus zu sein, die Begriffe des Staates als einer Herrschaftsorganisation und der Gesellschaft als der Organisation gleichgerichteter Interessen.

Es ist klar, daß der Sozialismus der Notwendigkeit der Koalitionspolitik nicht unter allen Umständen entgegen kann; die Koalitionspolitik in Deutschland während des Krieges (Scheidemannismus) ist eine dauernde Warnung davor, nicht über den Zeitpunkt der unbedingt notwendigen Gemeinlichkeit hinauszugehen.

Kunst und Wissen.

Ensemblegospiziel des Berliner Lessing-Theaters. Heute Donnerstag, morgen Freitag und Samstag bringen die Berliner Gäste unter Führung Viktor Barnowskys Shakespeares Lustspiel „Wie es euch gefällt“ zur Aufführung.

Aus der Partei.

Kreisbesprechung Reichenberg. Sonntag, den 17. Juni findet um 8 Uhr vormittags in der Vereins-halle in Reichenberg die diesjährige Kreisbesprechung statt.

Hamburger Kongreß, seine Bedeutung und unsere Aufgaben, Organisation und Presse, Neuwahlen und Parteiangelegenheiten.

Jugendbewegung. Sozialistische Jugendorganisation, Prag. Sonntag, den 17. Juni unternimmt unsere Ortsgruppe eine Wanderung nach Königsaal-Raststein.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Raufreunde“ Prag. Donnerstag, 14. Juni: halb 8 Uhr freie Zusammenkunft im Beckener Restaurant.

Turnen und Sport.

HC. Sparta gegen Maffabi-Brünn 3:0 (1:0). Ein kassenarmes Spiel, das die 10.000 Zuschauer unangenehm enttäuschte. In der ersten Hälfte speziell hatte man den Eindruck, bei einem Meisterschaftsspiel guter zweiter Klasse anwesend zu sein.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Dauerhaftigkeit Ihrer teuren Schuhe wird Sie überraschen, wenn Sie von Ihrem Schuhmacher die echten „Person“ Gummisohle anbringen lassen.

Populär in der ganzen Republik ist Photo Studio, Prag, Bäckerská 15. 1701

Berausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Pesehoff

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Deutscher Theatergarten Neue großes Konzert

Anfang 3 Uhr. 1870 Anfang 3 Uhr

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!